

Pressemitteilung

Koalitionsvertrag braucht Beteiligung der Pflege auf Augenhöhe.

Der Koalitionsvertrag der künftigen Regierungsparteien ist ein Anfang. Um erfolgversprechend umgesetzt zu werden, braucht es nun eine aktive Einbindung der Pflege.

Berlin, 29. November 2021. Der Bundesverband Pflegemanagement begrüßt den Koalitionsvertrag in seinen Grundsätzen, und sieht den dringenden Handlungsbedarf, diesen unter Mitwirkung der Pflege zu detaillieren.

In der derzeitigen Situation können erneut Betten nicht genutzt werden, um die Versorgung von (COVID19-)Patienten gewährleisten zu können. Das Gesundheits- und Pflegepersonal ist erschöpft, die Einrichtungen beklagen eine zunehmende Zahl an Krankmeldungen und Kündigungen. Patienten müssen aufgrund von Pflegepersonalmangel in andere Einrichtungen verlegt und Operationen verschoben werden. Die Signale, die auf einen Pflegekollaps hindeuten mehren sich.

Die neue Bundesregierung muss sich gemeinsam mit den Länderparlamenten zeitnah den Fragen der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung in allen stationären, teilstationären Einrichtungen und ambulanten Diensten widmen. Diese Erkenntnis ist im Koalitionsvertrag ansatzweise erkennbar. Um die drängenden Pflegeprobleme langfristig zu lösen, bedarf es jedoch einer unmittelbaren und schnellen Beteiligung der Berufsangehörigen. Die Herausforderungen der Profession Pflege lassen sich nicht am Verhandlungstisch durch Berufsfremde lösen.

„Dazu bedarf es der Pflegefachexpertise“, so der Vorsitzende des Bundesverbands Pflegemanagement Peter Bechtel. Der Management-Verband sieht eine enorme Chance darin, dass der Deutsche Pflegerat eine Stimme im G-BA erhält. Im Koalitionsvertrag ist aber weiterhin zu lesen, dass eine Gesamtbefragung des Berufsstands Pflege zum System der Selbstverwaltung erfolgen soll. „Das wird ein Mammutprogramm“, warnt Bechtel. „Denn erstens wissen wir in den Bundesländern ohne Kammern bisher gar nicht, wer befragt werden soll. Es gibt dort keine Berufsregister. Zweitens macht eine Befragung nur dann Sinn, wenn die Befragten auch wissen, worum es im Kern dieser Bemühungen geht.“ Eine Beteiligung am Entscheid über das System der Selbstverwaltung erfordert umfangreiche Kenntnisse. Daher appelliert der Bundesverband Pflegemanagement an die neue Bundesregierung im Vorfeld eine flächendeckende Aufklärungskampagne zur Pflegekammer durchzuführen.

Die Pflege zu stärken ist aus Sicht des Bundesverbands Pflegemanagement genau der richtige Weg, der aber umgehend eingeschlagen werden muss. Eine umfassende Informationskampagne inkl. Befragung erfordert bei professioneller Durchführung bei den rund 1,4 Millionen Pflegenden in Deutschland mindestens einen Zeitraum von zwei Jahren.

Der Bundesverband Pflegemanagement fordert daher die künftigen Koalitionspartner dazu auf, die Errichtung der Bundespflegekammer zu forcieren und somit ein starkes Signal an die Bundesländer zu senden, ihre eigenen Kammerbestrebungen zu verstärken.

„Das wird nicht auf einen Schlag die Probleme der Pflege lösen,“ relativiert Bechtel. „Aber eine Beteiligung der Berufsangehörigen von Anfang an gewährleistet, dass die Weichen richtig gestellt werden und die Profession Pflege nicht erneut auf ein Abstellgleis geleitet wird.“

Pressekontakt:

Bundesverband Pflegemanagement e.V.
Sabrina Roßius
Geschäftsführerin
Tel. 030 44 03 76 93
sabrina.rossius@bv-pflegemanagement.de
www.bv-pflegemanagement.de

Der **Bundesverband Pflegemanagement e.V.** ist eine aktive Interessenvertretung der Profession Pflege und insbesondere des Pflegemanagements in Politik und Öffentlichkeit. Der Verband ist bereits seit 1974 aktiv. Die heutige Struktur mit Bundesvorstand und Landesgruppen für einen maximalen Einfluss in Politik und Öffentlichkeit besteht seit 2005. Der Bundesverband Pflegemanagement ist Gründungsmitglied und aktives Mitglied des Deutschen Pflegerats. Durch seine Managementkompetenz, sein starkes Netzwerk und eine klare Organisationsstruktur wird der Verband heute als einer der Hauptansprechpartner unter den Pflegemanagement-Verbänden gehört und ist auf Bundes- wie Landesebene in die Gestaltung von Gesetzesvorlagen involviert und in Gremien engagiert. Vorstandsvorsitzender ist Peter Bechtel.